



HUBERT ZIMMERMANN

Militärische Missionen.  
Rechtfertigungen bewaffneter Auslandseinsätze in  
Geschichte und Gegenwart

Hamburger Edition | Hamburg 2023  
488 Seiten, gebunden | 40,00 €  
ISBN 978-3-86854-381-0

*rezensiert von*

MARCEL BERNI, Militärakademie an der ETH Zürich

Vor der viel beschworenen »Zeitenwende« von 2022 hatten westliche Auslandseinsätze Konjunktur. Vermeintliche Stabilisierungsoperationen sollten dem Globalen Süden mit militärischen Mitteln Demokratie, Freiheit und Menschenrechte bringen. Dabei ließen sich westliche Streitkräfte häufig auf irreguläre und lange Kriege ein, die nur wenig mit existentiellen nationalen Interessen zu tun hatten. Der Marburger Politikwissenschaftler Hubert Zimmermann zieht in seinem neuen Buch die Bilanz dieser allzu häufig gescheiterten multilateralen Interventionen. Er fokussiert dabei primär auf die Interventionsmotive der westlichen Staaten und unterzieht die zeitgenössischen Rechtfertigungen dieser Missionen einem Lackmüstest.

Weshalb ist eine solche Studie angezeigt? Zimmermann argumentiert mit einem »Wendepunkt in der internationalen Politik« und sieht die Ära umfangreicher westlicher Stabilisierungsoperationen für vorläufig gescheitert an (S. 9). Für diesen aus historischer Perspektive recht frühen Schluss führt der Autor einleitend das Abklingen der westlichen Intervention im syrischen Bürgerkrieg sowie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine an. Trotzdem ist sich Zimmermann sicher, dass der bewaffnete Auslandseinsatz westlicher Streitkräfte nur temporär Geschichte ist. Diese These wird im prägnanten und empfehlenswerten, beinahe philosophischen Fazit des Buches erneut aufgegriffen und vertieft.

Doch zunächst wirft das Buch einen ungewöhnlich weiten Blick zurück und rekapituliert aus westlicher Perspektive die historischen Beweggründe für Auslandmissionen. Der Autor beginnt bei den religiös-politischen Rechtfertigungen der mittelalterlichen Kreuzzüge und hebt im Anschluss die Zunahme des staatlichen Primats während des Dreißigjährigen Krieges hervor. Dabei nimmt der Westfälische Friede eine entscheidende Rolle für das sich konstituierende staatliche Gewaltmonopol ein. Erst die europäischen Staatenbildung hat nach Zimmermann »eindeutige Kriterien für die Zugehörigkeit der Bevölkerung« geschaffen (S. 37). Damit konnte der Interventionsgedanke zunehmend national gedeutet und gerechtfertigt werden. Zimmermann gesteht ein, dass »über die Interventionsdiskurse in anderen [das heißt: außereuropäischen, M.B.] Gesellschaften zu wenig bekannt ist« (S. 27).

Selbst das Recht zu haben, die Form anderer politischer Gemeinwesen in gewaltsamen Auseinandersetzungen zu bestimmen, war ein zentraler Gedanke des frühen Interventionismus. Mit der Durchsetzung des Souveränitätsprinzips und der damit verbundenen Entwicklung eines vom Monarchen losgelösten Staatsbegriffs änderten sich die Rahmenbedingungen für die Legitimation militärischer Interventionen. Tyrannische Herrschaft, die in der Frühen Neuzeit noch das zentrale Kriterium für einen bewaffneten Eingriff von außen darstellte, konnte nun, da sich die staatliche Identität zunehmend vom Herrscher löste, viel schwerer als Rechtfertigung für eine Intervention herangezogen werden – insbesondere unter den Bedingungen einer an das Volk gebundenen Souveränität. Just diese Volkssouveränität wurde jedoch zum »Geburtshelfer« eines neuen militärischen Interventionsmusters (S. 42). Wie Zimmermann zeigt, manifestierten sich parallel zur Formulierung und realpolitischen Umsetzung des Souveränitätsgedankens Motive der Interventionsrechtfertigung, die diesem Gedanken widersprachen. Der Streit darüber, welche der gegensätzlichen Maximen Vorrang haben sollte, spitzte sich in der Frage der militärischen Auslandsinterventionen prototypisch zu. Schließlich hatte sich nach 1815 mit dem »Europäischen Konzert der Mächte« eine der erfolgreichsten Friedensordnungen der Geschichte etabliert. Angesichts dieser Errungenschaft stellte sich die Frage, welche Mittel erlaubt waren, um eine funktionierende internationale Friedensordnung zu schützen. Die Rechtfertigung von Interventionen unter dem Vorwand der internationalen Stabilität und der kollektiven Sicherheit wurde so zur zentralen Streitfrage in der europäischen Politik des 19. Jahrhunderts.

Auf der Basis von Sekundärliteratur und teilweise auch von Primärquellen zeichnet Zimmermann ein dichtes, wenngleich teilweise etwas sprunghaftes Bild. Das Zeitalter der Weltkriege wird thematisiert, noch stärker aber der Kalte Krieg und die Übergangszeit nach seinem Ende. Die zunehmende Zurückhaltung asiatischer Staaten gegenüber Stabilisierungsinterventionen und die ambivalente Haltung vieler afrikanischer Länder zu humanitären Interventionen hätten – parallel zum geopolitischen Aufstieg Asiens – maßgeblich dazu beigetragen, dass das Interesse an militärischen Interventionen in den letzten Jahren zurückgegangen sei. Dieses Abflauen des Interventionswillens markiert für den Autor eine neue Ära des »Anti-Interventionismus« (S. 170), die aktuell zumindest im Westen anhält. Diesbezüglich spricht Zimmermann allerdings von einer historischen »Wellenbewegung«, die durchaus reversibel sei (S. 458).

Im originellsten Teil seiner Studie richtet Zimmermann den Fokus auf die Interventionsdebatten in den USA, Frankreich und Deutschland. Hierbei wird erneut historisch ausgeholt: Im Falle der USA setzt der Autor mit dem Versenken der *USS Maine* im Hafen von Havanna ein, die allerdings im Jahr 1898 und nicht, wie irrtümlicherweise vermerkt, 1998 sank (S. 182). Geschickt wird die US-amerikanische Meistererzählung mit den Auslandeinsätzen der jungen Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert verknüpft. Diese Einsätze waren erstaunlicherweise immer wieder mit isolationistischen Tendenzen und einer »Ablehnung europäischer Interventionsansprüche« kompatibel (S. 193). Durch die Geschichte der USA ziehen sich unterschiedliche, teilweise ergänzende Legitimationsmuster für Interventionen: Humanitarismus, Antikommunismus, Friedenssicherung, die angebliche Förderung von Demokratie und Freiheit, Neokonservatismus sowie handfestere politische und ökonomische Motive. Hinzu kommen die Politik der Einflussphären, die Rettung eigener Staatsangehöriger und nicht zuletzt die Terrorismusbekämpfung als Legitimationsmuster. Es ist vor allem diese lange Perspektive, die Zimmermanns beschlagenes Buch ausmacht und die sich auch durch die beiden weiteren Fallbeispiele verfolgen lässt.

Zunächst stehen dabei die Interventionen der wiedervereinigten Bundesrepublik nach 1990 im Zentrum. Ungleich stärker als im Fall der USA stellt der Autor dabei die historische Verantwortung der Bundesrepublik, ihren Beitrag zu globaler Sicherheit und Stabilität sowie die Frage der Bündnistreue ins Zentrum seiner Analyse. Deutsche Militäreinsätze waren gleichwohl innenpolitisch stark umstritten. Gegen Ende der 2000er-Jahre wandte sich Berlin zusehends gegen größere Truppenentsendungen. Das Abseitsstehen während des Irakkriegs 2003 könnte als Vorläufer dieser Entwicklung gedeutet werden. Dagegen wurden kleinere Einsätze forciert, etwa zur Minenräumung in Kambodscha, zur Friedenssicherung im Libanon und in Mali oder zur Piratenbekämpfung im Golf von Aden.

Zimmermanns kürzestes Fallbeispiel, Frankreich, weist dagegen andere prävalente Interventionsmuster auf. Die »mission civilisatrice« und die französische »grandeur« führten zu einem ausgeprägten, wenngleich oft gescheiterten Sendungsbewusstsein, in Ansätzen vergleichbar mit der »manifest destiny« der USA. Eine weitere Parallele zu den USA besteht für Zimmermann darin, dass Frankreich seine Militärmissionen immer mit seiner Rolle in der Welt zu verknüpfen suchte. Auch aus diesem Grund intervenierten Nicolas Sarkozy in Libyen und François Hollande in Mali. Zimmermann schält am Beispiel Frankreich beklemmende Dilemmata der westlichen Interventionsentscheidungen heraus, die er häufig in einem Spannungsfeld von kolonialer Vergangenheit und globaler Verantwortung angesiedelt sieht.

Aus diesen vielleicht etwas willkürlich ausgewählten Fallstudien destilliert der Autor die eingangs genannte These einer neuen Ära des »Anti-Interventionismus« heraus. Mit Blick auf den Westen mag dies derzeit zutreffen. Trotzdem sieht sich der Leser in Anbetracht der russischen Intervention in der Ukraine sowie dem israelischen Eingreifen im nahen Ausland mit widersprüchlicher Evidenz konfrontiert. Zimmermann schließt diese Fälle mit seiner methodischen Fokussierung auf westliche Fallbeispiele explizit aus. Trotzdem sind sie für die Geschichte militärischer Auslandinterventionen wohl nicht ganz unbedeutend. Nicht ganz unbedeutend dürften in dieser Hinsicht aber auch die Interventionen von Staaten und nichtstaatlichen Akteuren im Globalen Süden gewesen sein, die in dieser Studie ebenfalls weitgehend auf der Strecke bleiben.

Doch zweifellos ist dem Autor zuzustimmen, wenn er abschließend festhält, dass es derzeit keine »belastbar stabile, über die nationalstaatlichen Grenzen hinausreichende Solidargemeinschaft mit einem klar definierten und intersubjektiv geteilten Wertesystem« gibt (S. 454). Gerade deshalb wird der »uneindeutige, umstrittene und widersprüchliche« Diskurs um Auslandmissionen irgendwann auch im Westen wieder aufflackern (S. 455). Zimmermanns Buch illustriert detailliert, wie solche Interventionsdebatten immer auch »Debatten über die eigene Gemeinschaft sind« (S. 458). Daran dürfte sich auch in Zukunft nur wenig ändern.

#### Zitierempfehlung

Marcel Berni, Rezension zu: Hubert Zimmermann, Militärische Missionen. Rechtfertigungen bewaffneter Auslandseinsätze in Geschichte und Gegenwart, Hamburger Edition, Hamburg 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82034.pdf>> [13.11.2024].